

Volker Eick

---

## Neue Sicherheitsstrukturen im »neuen« Berlin Warehousing öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt

*»Fakt ist eigentlich, daß die Polizei, also auch die Operative Gruppe City-West, mit unserem Sicherheitsdienst Hand in Hand arbeitet. Und daß wir sozusagen fast ein verlängerter Arm geworden sind der Polizei. Ich denke, daß das in Ordnung ist und auch im Interesse der Öffentlichkeit.« (Remus-Woelffling 1997)*

Was die Geschäftsführerin der *Arbeitsgemeinschaft City e.V. (AG City)*, dem derzeit elaboriertesten Zusammenschluß Berliner Geschäftsleute<sup>1</sup>, hier als »kundenorientiertes Denken« beschreibt, ist das in den vergangenen Jahren gewonnene sicherheitspolitische Destillat des »neuen Berlin« (IHK-Slogan), auch wenn tatsächlich die Berliner Polizei als verlängerter Arm organisierter Geschäftsinteressen zu bezeichnen ist und nicht andersherum. Dieses aus der Eindampfung sozialpolitischer und ökonomischer Problemlagen zu Fragen von Sicherheit und Sauberkeit gewonnene Destillat wird – massenmedial aufbereitet – im »Unternehmen Berlin« (Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen) über die im Wachstum begriffenen Randgruppen der Stadt ausgeschüttet. Mit Verdrängung aus innerstädtischen Räumen, »Verbringung« an den Stadtrand und Kriminalisierung wird gegen marginalisierte Teile städtischer Bevölkerung vorgegangen.<sup>2</sup> Fraktionierung und Spaltung städtischer Gesellschaften, verbunden mit Regulierungs- und Flexibilisierungsbemühungen eines dysfunktional gewordenen fordistischen Kapitalismusmodells (vgl. Bruch/Krebs 1996; Becker u.a. 1997), sind von der Restrukturierung staatlicher und privater Si-

---

1 Die »Arbeitsgemeinschaft City e.V.«, 1976 gegründet, schließt etwa 150 Geschäftsleute am Kurfürstendamm und in seinen Seitenstraßen zu einer Interessensgemeinschaft zusammen (Eick/Strunk 1995). Die »Operative Gruppe City-West« ist eine Sondereinheit der Berliner Polizei, die – auf Druck der »AG City« aufgestellt – ausschließlich dieses städtische Areal bearbeitet (Eick 1995).

2 Für Berlin liegen u.a. erste Untersuchungen zur Verdrängung von Wagenburgen (Sambale/Veith in diesem Band), Vertreibung von DrogenkonsumentInnen (Gangway 1996) und Prostituierten (Strack 1993) vor; für Frankfurt/M. vgl. Noller/Ronneberger (1995) sowie Jaschke (1997); für weitere Beobachtungen aus bundesrepublikanischen Städten vgl. Innenstadtaktion (1997).

cherheit nicht zu trennen. Dabei folge ich der These von Dangschat (1995; 1997), daß die derzeitigen Modernisierungsbemühungen städtischer kapitalistischer Gesellschaften Armut produzieren, ausweiten und räumlich konzentrieren (»Armut durch Wohlstand«). Diese Produktion von Armut geht in Berlin derzeit mit einem fraktionsübergreifenden politischen Diskurs einher, der zwischen den jährlich anfallenden 40 Tonnen Hundekot und mehreren zehntausend Obdachlosen, zwischen Armutsflüchtlingen und Fixerbesteck, zwischen Graffiti-Sprayern (»optischer Terrorismus«) und gebührenpflichtigem Sperrmüll keinen Unterschied mehr machen mag. Soweit diese Verschränkung von Sicherheit und Sauberkeit mit der räumlichen Konzentration von Armen in der Öffentlichkeit und in öffentlichen Räumen einhergeht, werden diese in Berlin ordnungspolitischer Gegenstand und Ziel repressiver Aktivität.<sup>3</sup>

Die intensivierte, privatwirtschaftliche Nutzung innerstädtischer Räume verwandelt öffentliche Räume in durch Hausrecht eingehegte private, umsatzorientierte Archipele (*Warehousing*). Das führte schon in den vergangenen Jahren immer wieder zu, wie es in einer Mischung aus *Understatement* und wissenschaftlicher Kategorie heißt, »Nutzungskonflikten«. Heute jedoch werden sie kaum mehr zu »territorialen Kompromissen« kleingearbeitet, sondern mit dem Ziel endgültiger Vertreibung ausgefochten (*Warhousing*).<sup>4</sup>

Dies hat einen Grund darin, daß Berlin mit dem Anschluß der DDR und Westberlins an die Bundesrepublik nach vier Jahrzehnten als verlängerte Werkbank wieder Teil der internationalen Ökonomie und »Standort« wurde. Ehemalige Randbezirke wie Kreuzberg verlieren ihre Nischen und werden mit dem Fall der Mauer zu Innenstadtbezirken, die Begehrlichkeiten von Banken und Versicherungen ebenso wecken, wie international tätige *developer* ihre Aktivitäten auf diese verarmten Großstadtbezirke ausdehnen und sie damit unter Gentrifizierungsdruck setzen. Von Berlin, das endlich »Eigentümerstadt« werden müsse, von einem »neuen Stadtbürgertum«, von, so der Masterplaner Hoffmann-Axthelm, »Liebe, Kultur und Grappa«

3 Mir scheint es daher gerechtfertigt, von einem Paradigmenwechsel zu sprechen. Nicht mehr die Beseitigung oder doch fordistische Verwaltung von Armut, sondern die Beseitigung der Armen steht auf der Agenda unternehmerischer Städte (Eick 1995a).

4 Der Begriff *Warhousing* rechtfertigt sich nicht zuletzt aus der Terminologie involvierter Geschäftsleute und dem Polizeiapparat, die vom »Krieg am Ku'damm« (Spielbankbesitzer und AG City-Mitglied Peter Hosemann), von »Fixerjogging« (Polizeijargon für die Vertreibung offener Drogenszenen aus einem Stadtteil in den anderen), vom »Krieg gegen das Verbrechen« (William Bratton, Ex-Polizeichef von New York) und von »Operationen« beim Einsatz gegen Armutsbevölkerung sprechen. Die Trommel der Kriegsterminologie wird nicht nur gerührt, sondern ist auch in den Polizeistrukturen selbst verankert. Der bis 1996 als Grenzschutzkommandant Ost in Berlin tätige Bernd Kahnert: »In der Tat läuft das, was sie als Vertreibung bezeichnen, was ich als geborener Ostpreuße mit etwas Schmerz empfinde, bei uns (...) unter Verbringungs-gewahrsam« (zit.n. Abgeordnetenhaus von Berlin 1996).

ist die Rede, wenn privatisierte Stadtplanung und deregulierte Wohnungsmärkte<sup>5</sup> sich ein Stelldichein geben (Sewing 1997).

Auch die Beschäftigungsstruktur ist von Polarisierung gekennzeichnet. Der Beseitigung von Industriearbeitsplätzen – in wenigen Monaten zerschlug die Treuhandanstalt nahezu die gesamte Industriestruktur Ost – steht ein nur mäßiges Wachstum von (neuen) Dienstleistungstätigkeiten gegenüber, die zu einem geringen Teil als hochqualifizierte Tätigkeiten – und dann in den Branchen I&K-Technologie, Marketing, Finanzdienstleistungen – vorfindlich sind. Sie ziehen eine wachsende Zahl niedrig qualifizierter, schlecht entlohnter und entgarantierter Arbeitsplätze nach sich (*working poor*).<sup>6</sup> Die mit dieser Art Restrukturierung zwingend einhergehenden Verarmungs- und Verelendungstendenzen haben inzwischen auch in deutschen Metropolen ein Ausmaß angenommen, das in der jüngeren Vergangenheit die (wissenschaftliche) Frage nach dem Entstehen einer »Urban underclass« aufgeworfen hat (vgl. Bremer/Gestring 1997; Häußermann 1997; Kronauer 1997). Berlin, das sich nach Ansicht des Berliner Senats auf den Weg zur »Europäischen Dienstleistungsmetropole« gemacht hat, nach den Daten zu Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit, zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte und Wirtschaftskraft aber eher den Eindruck eines »Regionalzentrums Ost«<sup>7</sup> vermittelt, entwickelt sich zu einer hochpolarisierten Stadt. Die Schere zwischen Arm und Reich in der Bevölkerung, zwischen Banken und Versicherungen und der fiskalpolitisch marginalisierten Kommune klafft weit auseinander.

Im Zeichen globaler Standortkonkurrenz orientieren sich städtische Verwaltungen in betriebswirtschaftlicher Logik am Bild der »unternehmerischen Stadt«; verstehen sich, kurz gefaßt, als Manager eines Wirtschaftsstandortes statt als Verwalter eines Gemeinwesens (Heinelt/Mayer 1997). Städte und Regionen konkurrieren heute untereinander, schaffen für »neue Urbaniten«<sup>8</sup> attraktive innerstädtische Räume, in denen Platz und Ort für

---

5 Im Bundesvergleich hat Berlin, bedingt durch die politische (und geographische) Lage nach dem 2. Weltkrieg, einen sehr hohen Mietwohnanteil (Wolff 1996; Sewing 1997).

6 Der *boom* im Bereich der privaten Sicherheitsdienste ist hierfür ein eklatanter Beleg; zum polarisierten Dienstleistungsphänomen grundsätzlich: Häußermann/Siebel (1995); Grabow (1996).

7 Die vom Berliner Senat 1991 eingesetzte Strukturpolitische Expertenkommission veröffentlichte eine Analyse (Treuner-Studie), die sich mit den Perspektiven Berlins auseinandersetzte und dabei drei Szenarien (»Europäische Dienstleistungsmetropole«, »Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur [Normalisierung]«, »Berlin als Regionalzentrum Ost«) genauer untersuchte (Strukturpolitische Expertenkommission 1992).

8 Der »neue Urbanit«, der nach den Wünschen des Berliner Senats und seiner Zuträger die Berliner Innenstadt bevölkern soll, stellt sich nicht ein; stattdessen wird mit dem Zustrom vor allem osteuropäischer Armutsbevölkerung gerechnet. Die Bezeichnung selbst geht auf die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem »Planwerk Innenstadt« (Centrum 1997) zurück, die sich u.a. an der Frage entzündete, ob der dort verwendete Terminus »neuer Stadtbürger« in eins zu setzen sei mit der Absicht des Berliner Senats, in die-

demonstrativen und hochpreisigen »Erlebnis-Konsum« geschaffen wird. Der Charme, den die Fußgängerzone der 70er Jahre mit ihren Kundenfrequenz-, Kundenstrom- und Kundenlaufanalysen (inklusive der lustigen Blumenkübel) ausstrahlte – charakterisiert als »'Taylorisierung' städtischer Öffentlichkeit« (Schmidt 1980) –, findet in Galerien, Passagen und Malls seine konsequente Fortsetzung. In diesen als »Erlebnisraum« inszenierten öffentlichen Räumen stellen private Sicherheitskräfte die dazugehörige Dienstleistungsperipherie (Hasse 1994).

Denn eingebettet in diese privatwirtschaftlich orientierte Stadtkonzeption kommen sicherheits- bzw. ordnungspolitisch motivierte Regulationsmodi gegen die städtische Armutbevölkerung zur Anwendung, denen in Berlin insbesondere der mittelständische Einzelhandel zum Durchbruch verhalf. Im Verlauf der letzten Dekade hat sich so eine neue sicherheitspolitische Doktrin herausgebildet, deren bestimmendes Moment die Exklusion ist. Im Rahmen dieser Neukonzeption avanciert dabei ein als »subjektives Unsicherheitsgefühl« thematisiertes Phänomen – wie die als »Verwahrlosung« beschriebene Verarmung von Stadtteilen oder die sich daraus speisenden kleinkriminellen Begleiterscheinungen – zum weichen Standortfaktor (Grabow u.a. 1995) und verselbständigt sich zur Ideologie.<sup>9</sup>

Die Privatisierung von Stadt und städtischer Gesellschaft zieht Privatisierung von Sicherheit nach sich und findet im privatwirtschaftlichen Kontrollanspruch öffentlicher Räume auch ihren privaträumlichen Niederschlag. Der Beitrag will diesen Zusammenhang verdeutlichen. Zunächst wird die in Berlin zur Verfügung stehende *hardware* staatlicher und privater Sicherheitsagenturen addiert und ein Blick auf deren Arbeitsfelder geworfen, sodann setze ich mich mit der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume in Berlin auseinander, die sich in ihrer Ausgestaltung zu *no go areas* für bestimmte Bevölkerungsgruppen manifestiert. Im dritten Abschnitt wird in Hinblick auf die *boomende* Branche privater Sicherheitsanbieter die Frage diskutiert, ob wir von einem Ende des staatlichen Gewaltmonopols in den nachfordistischen Stadtgesellschaften sprechen müssen.

## 1. Die *hardware* städtischer Sicherheit

### Einige Daten zum Berliner Sicherheitsapparat

Mit rund 30.000 Polizisten hat Berlin im Bundesvergleich die höchste Polizeidichte. Bei knapp 3,5 Millionen EinwohnerInnen ist das statistisch ein

---

sen innerstädtischen Räumen die Bevölkerung austauschen zu wollen (Rada 1997; Steglich 1997).

9 »Nicht mehr das ursprüngliche Objekt des Schützens wird jetzt ins Auge gefaßt, sondern das Schützen selbst wird Objekt im Denken und Handeln.« (Kaufmann 1970: 71)

Verhältnis von 1:119. Nach der Maueröffnung wurde die Berliner Polizei – unterstützt durch das Beratungsunternehmen Mummert & Partner reorganisiert und hat kleinräumig u.a. mit Spezialeinheiten reagiert:

\* Hierzu zählen die »Operativen Gruppen« (OGn), aus Schutz- und Kriminalpolizei zusammengesetzte Spezialeinheiten, die an bestimmten als »soziale Brennpunkte« bezeichneten Orten aktiv sind. Alle OGN bestehen aus ca. 20 Beamten, die von Verwaltungsarbeiten weitgehend entlastet sind, über ein eigenes Datenverarbeitungssystem verfügen und sowohl uniformiert, wie auch in Zivil auftreten. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, auf andere Polizeieinheiten zurückzugreifen, verfügen über eigene technische Ausrüstung auch für verdeckte Observationen und unterstehen direkt der jeweiligen Direktionsleitung: Die »OG City-West« (Bezirk Charlottenburg) bearbeitet das gesamte Areal am Kurfürstendamm und in seinen Seitenstraßen. Ihre Arbeit konzentriert sich dabei nach eigenen Angaben nicht auf eine konkrete Zielgruppe, sondern hat das gesamte innerstädtische Areal im Blick (Eick 1995). Aus den Veröffentlichungen ergibt sich dennoch ein klares Bild, gegen wen hier vorgegangen wird: Obdachlose, DrogenkonsumentInnen, Jugendliche und vor allem MigrantInnen werden hier in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, vertrieben oder an den Stadtrand »verbracht« (Antirassistische Initiative 1997).

Die »OG Alex« am Alexanderplatz (Mitte) mit den Schwerpunkten obdachlose Jugendliche, Punks und Hütchenspieler entstand ebenfalls auf Druck von Einzelhändlern und Touristen, die sich dort beim Glücksspiel betrogen sahen.<sup>10</sup> Seit April 1997 sind die polizeilichen Aktivitäten intensiviert worden, gleich nachdem der Stadtentwicklungssenator, Peter Strieder (SPD), und die ehemalige Justizsenatorin, Peschel-Gutzeit (SPD), ihre »Aktion Saubere Hauptstadt« initiierten. Vor allem Punks berichten von wiederholten »Verbringungen« in den am Stadtrand gelegenen Grunewald (Weber 1997).

Der »OG Potse« in der Potsdamer Straße (Schöneberg), die gegen Drogenprostitution, -konsum und -handel vorgeht, wird wegen ihres operativen Einsatzziels, offene Drogenszenen zu zerschlagen, der Vorwurf gemacht, für den zunehmenden Hochrisikokonsum von (intravenösen) DrogenkonsumentInnen und damit für deren zunehmende gesundheitliche und soziale Verelendung verantwortlich zu sein.<sup>11</sup>

10 An zentralen Orten der Stadt wird dabei meist um Beträge von fünfzig bis einhundert Mark gespielt, wobei die Passanten erraten sollen, unter welcher von z.B. drei Streichholzschachteln sich eine Staniolkugel befindet. Da sich die als »Hütchenspieler« bezeichneten Männer meist als Gruppe organisieren, schnell verdientes Geld versprechen, letztlich aber Tricks anwenden, verlieren vornehmlich Touristen ihr Geld. Polizei und Medien erhoben regelmäßig den Betrugsvorwurf, konnten ihn jedoch nie erhärten; die Vertreibung durch sog. »aggressive Streifen­tätigkeit« und vorläufige Festnahmen basiert daher lediglich auf dem Berliner Straßengesetz, daß die Ahndung unberechtigter Nutzung öffentlichen Straßenlandes als Ordnungswidrigkeit zuläßt.

11 »Durch das repressive Vorgehen der Ordnungspolitik gegen die offenen Szenen wurden

Die »OG SO 36« ist schwerpunktmäßig am Kottbusser Tor (Kreuzberg) aktiv. Nach eigenen Angaben besteht ihre Arbeit in der Kontrolle des dortigen Drogenmilieus. Trotz getroffener Absprachen, so berichten MedizinerInnen und soziale Hilfsorganisationen, die mit Gesundheitsbussen und Drogenberatung vor Ort zu helfen suchen, würde ihre Arbeit durch den hohen Repressionsdruck der Polizei zunehmend torpediert (Eick 1996).

\* Auf die Spezialisierung Berliner Polizeiarbeit entlang ethnischer Kriterien in sogenannten »Ermittlungs- oder Arbeitsgruppen« (AG) ist der Berliner Polizeipräsident und Ex-BKA-Chef, Hagen Saberschinsky, stolz (1996). Entsprechend lesen sich die Titel dieser dergestalt ethnisierten Einheiten (in Klammern: offizieller Vorwurf): AG Vietnam (Zigarettenhandel), AG Araber (illegalisierte Drogen), AG Russenmafia (Geldwäsche), AG Kurden (Schutzgelder), AG Rumba (»Rumänische Bandenriminalität«, Handtaschendiebstahl). In den Rumänen soll sich die Einheit »richtig festbeißen«, wie es der Leiter der Direktion 2, Polizeidirektor Gerhard Kilian, immer so schön auszudrücken weiß (Doring 1997). Der Soziologe Joachim Kersten (1997) hat in Hinblick auf das New Yorker Sicherheitsmodell (»Saubermachen durch Polizei«) darauf hingewiesen, daß die nicht besonders angesehene Tätigkeit des Saubermachens in Männlichkeitskulturen nur dann akzeptabel wird, »wenn es hart und effektiv durchgeführt wird, nicht als alltägliche, geduldige, ermüdende, aber notwendige Routine, sondern als Einsatz von Spezialsaubermachern.« Berlins »Spezialsaubermacher« befinden sich nach eigenem Selbstverständnis an vorderster Front im Kampf gegen das Verbrechen, mithin zugleich im geschilderten Dilemma, das – nicht zufällig – zugleich rassistische Züge trägt und sich in eben solchen organisiert. In diesen Zusammenhang räumlicher Segementierung gehört das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), das die Voraussetzung zur Etablierung sog. »gefährlicher Orte« und damit auch zur Einschränkung elementarer Grundrechte schuf. An diesen Orten kann die Polizei verdachtsunabhängig Ausweis- und Personenkontrollen durchführen sowie – ebenfalls ohne Begründungszwang – Platzverweise aussprechen und mit »Verbringungsgewahrsam« durchsetzen (Köbschall 1996).

\* Im April 1997 kam es zu einer weiteren raumorientierten Spezialisierung der Polizei: Es wurde ein erster »Sondereinsatzzug« (SEZ) gebildet, der auf der U-Bahnlinie 7 (U7: Rudow – »Endstation Neukölln«, Der Spiegel) in Zivil tätig ist. Das Modell »gefährlicher Ort« ist mit der Gründung des

---

die Maßnahmen der Streetwork und anderer niedrighschwelliger Angebote in der Gesundheitsprävention zunichte gemacht« (Schaffranek 1996: 247). Für die gängige Praxis, Drogenkonsumenten von einem Stadtteil in den anderen zu vertreiben, hat sich im Polizeijargon der Begriff »Fixerjogging« etabliert, Jugendliche werden regelmäßig dem »pressing und checking« (erkennungsdienstliche Behandlung und Zuführung), häufig verbunden mit einer Hausdurchsuchung, unterzogen.

»SEZ U7« auch auf den ÖPNV ausgedehnt worden, während sich die Zahl der als »gefährlich« ausgewiesenen stationären Orte von 24 (1995) auf bisher 30 (1997) erhöht hat.<sup>12</sup> Weitere sog. »Organisationsformen auf Zeit« (Büchler u.a. 1994) sind in Berlin aufgebaut worden (Voß 1993). Spezialeinheiten, wie die »AG Jugendgewalt« und die »Gemeinsame Ermittlungsgruppe Graffiti in Berlin« (GiB), die sich aus Landes- und Bundespolizei (BGS) zusammensetzt, zeichnen für wesentliche Teile der Polizeilichen Kriminalstatistik zum Thema Jugendkriminalität verantwortlich (Gangway 1997; Becker/Berndt 1996; Diederichs 1995).

\* Bundesweit hat der Bundesgrenzschutz (BGS) etwa 32.000 Polizeivollzugsbeamte und Anwärter im Einsatz (Mai 1997), von denen im Rahmen der Neuorganisation des BGS künftig 18.600 einzeldienstlich eingesetzt werden. Die vier einzeldienstlichen Einsatzfelder – grenz- und bahnpolizeiliche Aufgaben, Luftsicherheit, polizeilicher Schutz von Bundesorganen – kommen alle auch in Berlin zum Tragen. Nach der Neustrukturierung werden 880 Einsatzkräfte dem Bereich Bahnsicherheit zugeteilt, der dann 5.540 Personen umfaßt (+20%): »Die Präsenz des BGS in der Fläche wird verbessert durch weiträumigen zugbegleitenden Einsatz, mobile Bestreifung der Bahnanlagen«. Für die Organisation und Verteilung sind »kriminalgeographische Erkenntnisse maßgeblich«, die Einsatzschwerpunkte liegen in »Präventions- und Strafverfolgungsaufgaben auf den Bahnhöfen und Bahnanlagen« (mit der Erteilung von Hausverboten bis zu zwei Jahren) und in der »gezielten Streifentätigkeit in kriminalitätsgefährdeten Zügen, insbesondere im Nahverkehr in Berufspendler- und Schülerzügen« sowie bei »Fußballfan-Begleitung und Nukleartransporten« (Bundesministerium des Innern 1997). In Berlin ist der BGS derzeit mit ca. 1.000 Beamten stationiert, von denen etwa 250 im Objektschutz von Regierungsbauten und -baustellen tätig sind (1999: 674) sowie ca. 420 bei der Kontrolle des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs (Zimmermann/ Hellberg 1997). Fassen wir die skizzierten Phänomene »flexible Spezialisierung«, Ethnisierung und Vergeheimdienstlichung polizeilichen Tätigwerdens zusammen, so ergibt sich ein Konglomerat aus leidlich berechenbarer Polizeireaktion (Repression), operativen Konzepten vorbeugender Verbrechensbekämpfung (Prävention), Kontroll- und Strafverfolgungsinteressen (s.u.) und symbolischen Aktionen zur Befriedung selbst angeheizter »subjektiver Unsicherheitsgefühle« (Funk 1996). Zunehmend werden private Sicherheitsdienste Teil dieses Konglomerats.

\* Die erste Wach- und Schließgesellschaft wurde 1901 in Hannover ge-

12 Beim unterirdischen Kreuzen des Neuköllner Hermannplatzes mit der U7, wo sich quasi zwei »gefährliche Orte« überlagern, kommt es so gelegentlich zu der kuriosen Situation, daß zwar das Verhältnis von Uniformierten zu Zivilpersonen noch knapp 1:4 ist, jeder zehnte Zivilist aber bei der Polizei...

gründet, in Berlin hatten Grundbesitzer bereits kurz vor der Jahrhundertwende einen Dienst zum Schließen ihrer Häuser eingerichtet. Bis zum 2. Weltkrieg blieb die Kontrolle privater Liegenschaften das Kerngeschäft der Sicherheitsbranche (Mahlberg 1988). Noch bis in die 60er Jahre kann Wach- als Werkschutz charakterisiert werden. »Terroristen«-Hatz, der Schutz kerntechnischer und militärischer Anlagen, das beginnende *Outsourcing* – Auflösung betriebseigener Werkschutz-Einheiten – und die technologischen Neuerungen der I&K-Technologie (Alarmaufschaltungen; Videoüberwachung) bescherten in den 70er Jahren einen *boom*. Erstmals wurden private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum eingesetzt, die »Schwarzen Sheriffs« der Münchener Verkehrsbetriebe, und lösten eine erste breitere Debatte um den Einsatz privater Sicherheitsdienste aus (Hoffmann-Riem 1977). Mit Beginn der 90er Jahre gibt es einen deutlichen Zuwachs an Betrieben und Beschäftigten auf heute bundesweit ca. 1.500 Dienste (1989: 700) mit etwa 250.000 Beschäftigten.<sup>13</sup> In Berlin konkurrieren heute 330 Sicherheitsdienste mit knapp 15.000 Beschäftigten um Aufträge aus der Privatwirtschaft (60%) und von der öffentlichen Hand (40%), während sich Privatpersonen als Auftraggeber – etwa in den Villenvierteln Berlins und anderer Großstädte, noch kaum meßbar niederschlagen. Etwa 6% der Mitarbeiter sind mit Schußwaffen ausgerüstet, über Schlagwaffenausstattung liegen keine Angaben vor. Der bundesdeutsche Sicherheitsmarkt erwirtschaftet in den drei Branchen Elektronische Sicherungstechnik 4,2 Mrd., Mechanische Sicherungstechnik 6,4 Mrd. und Bewachung 3,9 Mrd. DM (Hohl 1995)<sup>14</sup>.

Private Sicherheitsdienste stellen eine spezifische Form nicht bzw. niedrig qualifizierter und schlecht entlohnter Dienstleistungsökonomie dar<sup>15</sup>, deren Geschäftsführer und Berater bedeutsamer Akteur im Rahmen der Neudefinition von öffentlichen Räumen, hoheitlichen Aufgaben und öffentlicher Sicherheit und Ordnung werden. Bereits 5% aller Beschäftigten sind in öf-

13 Je nach aktuell politischem und ökonomischem Interesse, aber auch in Hinblick auf Sozialversicherungspflicht, Scheinselbständigkeit, Kurzzeitbeschäftigung und Schwarzarbeit (resp. Illegalität) variieren diese Zahlen in der aktuellen Literatur z.T. erheblich: Der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) gibt die Zahl privater Sicherheitsdienste bspw. mit 1.600 Unternehmen und 115.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten plus 50.000 sozialversicherungsfreien bei einem Gesamtumsatz von 4,7 Mrd. DM in 1997 an. Für Berlin werden 75 Unternehmen mit 12.000 Beschäftigten (500 Mio. DM Umsatz) genannt, während allerdings zugleich bestätigt wird, daß zwischen 1990 und 1996 knapp 620 Betriebe neu angemeldet wurden, von denen sich lediglich 352 wieder aus dem Markt zurückzogen. Das Landeskriminalamt Berlin hat 1993 in einer Stichprobe 130 Unternehmen untersucht (Olschok-Tautenhahn 1997; Hohl 1995).

14 Glavic (1995) spricht von sieben Geschäftsfeldern: Sicherheitsberatung und -schulung, Sicherheitsdienste (Werkschutz, Objektschutz, Spezialdienste), Notruf- und Servicezentralen, elektronische Sicherheitstechnik, Geld- und Wertdienste, mechanische Sicherheit.

15 So werden z.T. Löhne von unter sieben Mark gezahlt (Frese 1997; Tagesspiegel 26.9.97: 17).



fentlichen Räumen tätig (Olschok-Tautenhahn 1997), andere Quellen sprechen von über 13% (Schult 1996). Es liegt im ökonomischen Interesse der Branche, öffentlichen zu privatem Raum zu definieren, ihn also dem Hausrecht zugänglich zu machen; gleiches gilt für das Interesse, hoheitliche Aufgaben aus den vom Staat monopolisierten Bereichen herauszuschneiden (Glavic 1995; Schult 1996; Zimmermann 1996).<sup>16</sup>

Anders als die Polizei haben private Sicherheitsdienste und ihre Auftraggeber in der Regel kein Interesse an Öffentlichkeit und Transparenz: Im Rahmen ihrer Tätigkeit wird »Ordnung« unter der Hand durchgesetzt, und Leistungsnachweise zirkulieren höchstens im Rahmen der Kundenwerbung. Öffentliche Rechtspflege, wie sie sich – bei aller Kritik – in den polizeilichen Kriminalstatistiken oder Pressemitteilungen der Polizei ausdrückt, ist ihnen fremd. Private Sicherheitsdienste agieren nur auf der Grundlage der »Jedermannrechte«, die keine Verhältnismäßigkeit des Einsatzes erfordern, und jeweiligen Gewerbeordnungen, die sich durch geringe Regelungsdichte auszeichnen (Weichert 1995). Staatliche Sicherheitspolitik wird der Tendenz nach durch eine sich demokratischer Kontrolle entziehende Arbeit auf einem fragmentierten Sicherheitsmarkt abgelöst.

Bob Hoogenboom (1992) hat auf eine damit in Zusammenhang stehende Problematik hingewiesen: auf das Phänomen der Zusammenarbeit von staatlicher Polizei und privaten Sicherheitsdiensten am Rande und jenseits der Legalität (»grey policing«). Und in der Tat liest sich die Riege der Geschäftsführer, Berater und Teilhaber privater Sicherheitsdienste wie ein *Who is who* aus den alten Führungsetagen von Polizei, Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Staatssicherheit der einverleibten DDR, die sich mit den noch in staatlichem Dienst befindlichen Kollegen zu einem »old boy network« verdichten.<sup>17</sup> Hier liegt auch einer der zentralen Anknüpfungspunkte für die Diskussion um die Gefähr-

---

16 Der ehemalige Vizepräsident der Polizeiführungsakademie Hiltrup und jetzige Berater bei Raab Karcher Sicherheit, Horst Schult, geht sogar soweit, die Schutzfunktion des Staates insgesamt neu definieren zu wollen: »Auf allen politischen Ebenen wird z.Zt. so intensiv wie nie zuvor die Frage diskutiert, welche Aufgaben nach Umfang und Tiefe der moderne Staat in einem fortzuschreibenden Selbstverständnis erfüllen muß, erfüllen will bzw. real noch erfüllen kann. (...) Hinsichtlich der individuellen Sicherheit wird man dem Bürger eingestehen müssen, daß er aufgrund begrenzter staatlicher Ressourcen oder als Ausfluß eines modifizierten Staatsverständnisses ein möglicherweise zunehmend wachsendes Restrisiko zu tragen hat.« (1996: 306)

17 Solche personellen Kontinuitäten finden sich auch in Berlin: Bei der »Berliner Wache«, die von ehemaligen SEK-Beamten aus Hannover geführt wird; beim B.O.S.S.-Sicherheitsdienst, dem ein ehemaliger Offizier der Staatssicherheit vorsteht; beim Sicherheitsstab der Berliner S-Bahn, der vom ehemaligen Polizeidirektor, Hans-Joachim Leupholt, geführt und durch die Kriminaldirektorin a.D. Ellen Karau beraten wird; bei der Industrie- und Handelsschutz GmbH (IHS), in deren Reihen der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, tätig ist. Der Geschäftsführer im Bundesverband Deutscher Detektive (BDD) ist Generalmajor a.D., Arno E. Schäfer.

dung rechtsstaatlicher Ordnung der Bundesrepublik, insoweit unterschiedliche Befugnisse beider Akteure sich zu einer kaum kontrollierbaren »handfesten Zusammenarbeit« entwickeln (Weichert 1995). Der Jurist Hans-Martin Zimmermann mag angesichts der offensiven Rekrutierungspraxis durch private Sicherheitsdienste nicht ausschließen, »daß solche ehemaligen Kollegen die Türen zur Polizei öffnen sollen« (1996).

Damit wäre eine der Türen aufgestoßen, die den Blick auf Strukturen und Verhandlungssysteme freigibt, die zur Formulierung und Durchsetzung politischer Entscheidungen offenbar als konstitutiv betrachtet werden: In der Policy-Forschung als »Netzwerke«, in der Neokorporatismusforschung als »Integration organisierter außerstaatlicher Interessen« bezeichnet, erscheinen solcherart Partnerschaften nun auch auf dem Sicherheitsmarkt, wo sich auch Einzelhandel und Kommune gegenseitig »Sicherheitspartnerschaften« andienen (Gemeinsame Standpunkte 1997).<sup>18</sup> Privatwirtschaft und Versicherungen nebst privaten Sicherheitsdiensten und der Polizei bestätigen sich die begrenzte Steuerungsfähigkeit des Staates und »die Notwendigkeit einer Neuordnung der Zuständigkeiten für Aufgaben der Inneren Sicherheit« (Schult 1996). Dieser Art »Neuordnung« findet ihren Niederschlag auch in einer Re-Hierarchisierung urbaner Räume.

## **2. Privatisierung innenstädtischer und peripherer Räume D.R.O.P.-Konzepte und Festungen im »Regionalzentrum Ost«**

Es ist vor allem der Einzelhandel, der die privatwirtschaftliche Kontrolle über städtische öffentliche Räume einklagt, ein Innenstadt-Management wie bei Einkaufszentren fordert und sich dabei – auch angesichts knapper Kassen – zunehmend durchsetzt. Den Nimbus der Glaubwürdigkeit solcherart Forderungen schöpft er dabei aus der weitgehend unwidersprochenen Leitbildfunktion, die dem Einzelhandel in der Tradition der verantwortungsbewußten Kaufmannschaft europäischer Städte zugeschrieben und zugestanden wird (Hatzfeld 1997).

Und im gleichen Maße, wie (ausgerechnet) die *WirtschaftsWoche* die »ästhetische Verwahrlosung der deutschen Städte« durch »merkantiles reengenering« beklagt (Deysson 1997), wird an diesem Leitbild und der damit einhergehenden weiteren Durchkommerzialisierung öffentlicher Stadträume festgehalten. Um so vehementer, als die Konkurrenz »auf der grünen

---

18 Der Persönliche Referent des damaligen Innensenators Heckelmann, Dirk Gutberlet, faßte dies in einem Brief an den Vorsitzenden der Hotel- und Gaststätten-Innung folgendermaßen: »Herr Heckelmann wäre an einer derartigen 'konzertierten Aktion' zwischen Polizei, seriösen Sicherheitsfirmen wie der des Herrn Frede und den Betreibern von Vergnügungsstätten interessiert, um politisch etwas im Interesse der Stadt voranzubringen« (zit.n. Eick 1995a). Da war es ärgerlich, aber für Gutberlet folgenlos, daß das »Security Team Frede« gar keine Lizenz hatte.

Wiese« Kaufkraft absaugt und den Kampf mit den Innenstädten um den »S-Klasse-Konsumenten« (Sauberkeit, Sicherheit, Segregation) beim »Erlebniseinkauf« angetreten hat.<sup>19</sup> Im Berliner Umland und in der Stadt selbst entstehen so private Inseln hochpreisigen, demonstrativen Konsums, begleitet vom Ausbau dieser Räume zu konsumerablen Festungen. An diesen »Nicht-Orten« (Augé 1994) steigt der Kontrollbedarf gegen die verarmte Stadt- und Migrationsbevölkerung.<sup>20</sup> Nicht Immobilienspekulanten und neoliberale Politikmuster, sondern Obdachlose und (ausländische) »Jugendbanden« werden für die Zerstörung integrativer Sozialmilieus und subjektiver Sicherheitsgefühle verantwortlich gemacht (Beste 1996).

Abgesichert durch mechanische und elektronische Sicherheitstechnologien, kontrolliert durch staatliche Polizei in Zivil und private Sicherheitsdienste in Phantasie-Uniformen, nächtens bestreift durch Bürgerwehren, drückt sich soziale Polarisierung aus. Sie im Zaum und wenigstens die 1a-Lagen sauber zu halten, ist das Ziel. Einige Beispiele mögen dies illustrieren:

Die Berliner und Brandenburger Einzelhandelsverbände fordern eine »umfassende Sicherheitspartnerschaft: Sichere Innenstädte sind ein wichtiger Standortfaktor für den Einzelhandel. Der Handel ist bereit, sich mit Sachverstand und Engagement in die Gestaltung ganzheitlicher Sicherheits- wie vor allem auch Präventionsmechanismen einzubringen« (Gemeinsame Standpunkte 1997).

Etwas weiter ist die Daimler Benz AG (debis), die am Potsdamer Platz die Schelling- und Linkstraße in Privatregie übernehmen will. Am Kurfürstendamm hat der Senat den Los-Angeles-Platz bereits an eine Privatfirma verkauft. Ab Sommer 1998 soll das bestehende Grillverbot in allen städtischen Parks umgesetzt werden, während für die Neuköllner Hasenheide gleich die Einzäunung und Verpachtung an ein Privatunternehmen vorbereitet wird. Verkaufen will man im Rahmen des »Planwerks Innenstadt« auch Frei- und Grünflächen am Friedrichswerder und Marx-Engels-Forum (Mit-

---

19 Zu berücksichtigen sind hier die eklatanten Veränderungen, von denen die Einzelhandelsbranche, und hierbei insbesondere der mittelständische Facheinzelhandel, seit 1980 betroffen ist. Über 19% Marktanteile verlor er durch Konzentrationsprozesse, neue Betriebs- und Verkaufsformen (Shopping Center; Factory Outlet Center; SB-Märkte usw.) sowie an multifunktionale Einrichtungen vorwiegend am Stadtrand, die innerstädtische Funktionen übernehmen (Musik-Arenen, Multiplex Cinemas, Großdiskotheken). Verdrängungs- und Konzentrationsprozesse der Branche holt Berlin seit 1990 zeitversetzt und beschleunigt – etwa in Form 13 neu gebauter *Shopping Center* (1999: 26) mit dann insgesamt 3,9 Mill. Quadratmetern Verkaufsfläche – nach. Während im Umland 12 *Center* eröffnet haben, sind die Umsatzzahlen des Berliner Einzelhandels in den vergangenen sechs Jahren ununterbrochen gesunken (Wieking 1997).

20 Mit Blick auf den ländlichen Raum muß zumindest für das Berliner Umland von einem »braunen Ring« gesprochen werden, da hier weitgehend aus männlichen Jugendlichen (Erb 1997) bestehende neonazistische »Banden«, wenn nicht »Gangs« und Organisationen diese Kontrollfunktion öffentlicher Räume übernommen haben (Schröder 1997).

te). Alle »gefährlichen Orte« der Stadt und U-Bahnhöfe sollen, wie die Bahn AG dies für die Fernbahnhöfe und deren Umfeld bereits umsetzt, zukünftig mit Videokameras überwacht werden. Zentrale Plätze und Parks der Stadt sollen in Senatsverantwortung übergehen und werden der bezirklichen Verantwortung entzogen.<sup>21</sup>

Ähnliche Tendenzen, bei aber beeindruckender Vielfalt im Detail (Innenstadtaktion 1997) und einer Innovationskraft, die sich bisweilen in der Terminologie der 30er und 40er Jahre dieses Jahrhunderts wiederfindet<sup>22</sup>, belegen die Kapazität des Lokalstaats, die Rolle des bloßen Exekutors nationalstaatlicher Anordnungen abzustreifen und sich mit eigenem Design sicherheits- und ordnungspolitisch zu positionieren. In der »pluralisierten Gesellschaft« werden organisierte private Interessen und unterschiedliche Klientelgruppen in Sicherheitspolitiken nun auch kleinräumig integriert. So ein Befund läßt sich nicht mit Enthierarchisierung oder gar neuen demokratischen Potentialen gleichsetzen. Vielmehr bleibt ökonomische Potenz ein wesentlicher Faktor für Definitionsmacht, etwa über Zugangsberechtigungen, auch wenn die »Anwendung unmittelbaren Zwangs« durch private Sicherheitsdienste und die Praxis des Wegschließens noch Ausnahmen darstellen. Betroffen sind jene, denen es an dieser Potenz und vollen Bürgerrechten mangelt: Obdachlose, MigrantInnen, DrogenkonsumentInnen, Kinder und Jugendliche<sup>23</sup>, Geistesranke<sup>24</sup> und Gefängnisinsassen<sup>25</sup>.

Während so die Polizei »in die Rolle eines Werkschutzes im Unternehmen Stadt« gerät (Jaschke 1997), oder doch zumindest »auf Zuruf des Einzelhandels« (Eick 1995) aktiv wird, machen die privaten Sicherheitsdienste

21 Der Hauptstadtscheid bietet noch eine besondere Perfidie, denn die öffentlichen Stadtfächen durchzieht das politische Establishment aus Bundesregierung und Parlament – vorrangig in der Stadtmitte – zukünftig mit »temporären Bannmeilen« für den Transport von Staatsgästen und ihrer selbst, an deren Enden Absperrgitter, Zäune, Videokameras sowie die eine oder andere noch in der Diskussion befindliche permanente Bannmeile das Ende der Öffentlichkeit für eben diese signalisieren.

22 So wollte der bis 1996 im Vorstand der Berliner Bank AG tätige Hubertus Moser dort weitermachen, »wo wir 1945 aufgehört haben«, während Klaus-Rüdiger Landowsky, Aufsichtsratsmitglied selbiger Bank und zugleich Berliner CDU-Fraktionsvorsitzender, im Abgeordnetenhaus von Berlin erklärte: »Es ist nun mal so – wo Müll ist, sind Ratten, und wo Verwahrlosung ist, ist Gesindel, meine Damen und Herren. Das muß beseitigt werden in der Stadt« (Abgeordnetenhaus von Berlin, 27.2.1997).

23 In diesen Zusammenhang gehören Forderungen nach geschlossener Heimunterbringung von straffällig gewordenen Kindern und Jugendlichen (CDU-Dokumentation 33/1997 1997; Süddeutsche Zeitung vom 19.9.1997: 35).

24 In Berlin wird die Internierung und Kontrolle von sog. Geisteskranken in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (Reinickendorf) durch private Sicherheitsdienste derzeit vorbereitet. 72 Wachschützer sollen zum Einsatz kommen und »im Zweifelsfall (...) die Patienten auch fesseln und ihre Post öffnen. Gleichzeitig darf der Wachdienst auf ärztliche Anweisung hin auch die Zimmer der Patienten durchsuchen, auch wenn sie nicht anwesend sind« (Geschonneck/Helberg 1997).

25 Vgl. Lindenberg (1997) sowie Christie (1995).

gute Fortschritte bei der »Ausgliederung weiterer Polizeiaufgaben an private Sicherheitsunternehmen« (Glavic 1996) und der Darstellung individueller Interessen ihrer Auftraggeber als Gemeinschaftsinteressen aller. Ihr Einsatz redefiniert öffentlichen Raum, begrenzt das Einsatzfeld staatlicher Polizei, wie diese ihre Einsatztaktiken modifiziert. Städtischer Raum ist so (noch) in polizeiliche Experimentierfelder zerlegt – unterfüttert durch polizeispezifisches Ordnungsrecht wie das ASOG. Die jeweilige Bevölkerung ist Gegenstand verschiedener, als »Pilotversuche« bezeichneter Deportations-,<sup>26</sup> Repressions- sowie Ordnungs- und Präventionskonzepte auf kommunaler, aber auch nationaler Ebene.<sup>27</sup> Man könnte sie vielleicht als »D.R.O.P.-Konzepte« bezeichnen.

Tabelle 1: Maßnahmen nach Polizei- und Hausrecht in Berlin 1997

Akteur	Maßnahmen gesamt	Platzverweise
Operative Gruppe City West	7.000	3.650
Operative Gruppe SO 36	3.600	1.400
Operative Gruppe Alex <sup>1)</sup>	3.000	1.500
Operative Gruppe Potse <sup>1)</sup>	2.500	1.000
Bundesgrenzschutz Präsidium Ost	k.A.	10.670
Stab Bahnsicherheit	10.800	1.000
Bahn und Schutz GmbH	666.000	108.000
IHS, Industrie- und Handelsschutz GmbH <sup>1)</sup>	223.000	108.000
Summe	915.900	224.220

Quelle: diverse Jahresberichte, eigene Berechnungen,

<sup>1)</sup> Schätzungen

Die diversen Etablierungen von Sicherheitswachen, Präventionsräten oder Sicherheitspartnern, die sich am anglo-amerikanischen »Community Policing« orientieren und von der CDU über Bündnis 90/Grüne bis zur PDS

26 Mit der Verwendung des Begriffs »Deportation« soll nicht verharmlost werden, daß der Rechtsvorgänger der Bundesrepublik Deutschland, das nationalsozialistische Deutsche Reich, seine Opfer oft in Todeslager »deportierte«. »Abschiebung« und »Rückführung« von Bürgerkriegs- und anderen Flüchtlingen in »ihre« Heimatländer – zunehmend Gegenstand polizeilichen und privatwirtschaftlichen Tätigwerdens in der Bundesrepublik – führen dagegen nicht direkt oder nur mittelbar (etwa über gleichzeitig stattfindende Geheimdienst- und Polizeiausbildung oder Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei) zum Tode der so »Rückgeführten«. Aber in beiden Fällen steht die »zwangsweise Verschickung« – und nichts anderes bedeutet Deportation – am Anfang.

27 Dazu gehört das von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) initiierte »großstädtische Modellvorhaben in der »Aktion Sicherheitsnetz«, das auch den regelmäßigen Einsatz des BGS in den Städten vorsieht. Dieses gemeinsame Netz von Bund, Ländern und Gemeinden (CDU-Dokumentation 33/1997) soll die Erhöhung der öffentlichen Ordnung und das Vorgehen gegen »Unordnungsszenen« zum Schwerpunkt haben: »Alkoholismus, Pennertum, aggressives Betteln und Skateboardertum sind (...) nicht zu dulden, weil sie das Sicherheitsgefühl der Bürger verschlechtern« (zit.n. Süddeutsche Zeitung, 22.11.97: 6). Bisher ist das Interesse an bundeseinheitlichem Handeln aber begrenzt – zumal Sach- und Personalmittel aus dem Bundeshaushalt nicht in Aussicht stehen.

getragen werden, sind tatsächlich Varianten zum Blockwart – mit dem zentralen Unterschied, daß mittlerweile zunehmend Ressourcen der Privatwirtschaft integriert werden. Hier bleibt leider nicht der Raum, diese lokalstaatlichen Präventionsinitiativen zur Wiedergewinnung »strategischer Raumkontrolle« (Ruddick) detailliert darzustellen. Sie werden uns aber in den kommenden Jahren – »vom Pittbull-Präventionsrat bis zur Birkenstock-Bürgerwehr« – noch beschäftigen (Eick 1997a; Lehne 1996; Hamerschick u.a. 1996; Hughes 1997).

Verspätet ab Februar 1998 wird die Polizei-Direktion 5 (Kreuzberg/Neukölln) das Pilotprojekt »Modell Berlin« einführen: Kleinkriminalität soll dann von der Schutzpolizei festgestellt, aufgenommen, ermittelt und direkt an die Staatsanwaltschaft übergeben werden<sup>28</sup>, um, so die Argumentation, die Kriminalpolizei zu entlasten (Stab des Polizeipräsidenten 1997). Zugleich wird der Schwerpunkt polizeilicher Arbeit damit auf die kleinste lokale Polizeieinheit, den Abschnitt, herunterverlagert. Allein im Abschnitt 54 (Sonnenallee, Neukölln) werden gut 160 Schutzpolizisten »durch den gezielten Einsatz in Ihrem Lebensbereich« (Polizeipräsident Berlin 1997) Präsenz und – in sechswöchigen Intensivkursen erworbene – kriminalpolizeiliche Kompetenz zeigen.

### **3. Der BOS-Komplex: staatliches Gewaltmonopol als *Public Private Partnership***

Staatliche Gewalt, die sich ja gern – neben der Kontrolle und Verhältnismäßigkeit in ihrer Anwendung, der ihr immanenten Daseinsvorsorgeverpflichtung und dem Schutz des Bürgers vor individueller Gewalt – auch aus der Behauptung rechtfertigt, Bürger- und Staatsinteressen fielen in eins, führt zu ihrer Durchsetzung im Innern die Polizei ins Feld. Dergestalt in das Gewaltmonopol eingelassene Sicherheitskräfte stabilisieren damit zugleich herrschende Eigentumsverhältnisse.

Wie Wolf-Dieter Narr betont hat, bedeutete das staatliche Gewaltmonopol »nie staatliche Totalität aller Gewalt«, und es sei daher »falsch, von vornherein zu behaupten, private Sicherheitsdienste unterhölten als solche den staatlichen Monopolanspruch und seine Realität« (Narr 1992). Die »wirtschaftliche Nutzung privaten Kontrollbedarfs« (Voß), die »Fragmentierung öffentlicher Sicherheit« (Funk), die »Verlängerung des staatlichen Gewaltmonopols« (Trotha) oder gar dessen Ende (Sack) sind gleichwohl regelmäßig Gegenstand politischer und politikwissenschaftlicher Diskussion. Deu-

28 »Die stärkere Einbeziehung der Schutzpolizei in die Kriminalitätsbekämpfung basiert auf der Grundvorstellung, daß der Mitarbeiter der Schutzpolizei einen Einsatz grundsätzlich von der ersten Maßnahme ('Sicherungsangriff') bis zur Abgabe an die Amts- oder Staatsanwaltschaft/Ahndungsbehörde bearbeitet.« (Stab des Polizeipräsidenten 1997: 8)

ten sich in Berlin solche Parallelstrukturen zum staatlichen Gewaltmonopol an, die zunächst nur diejenigen betreffen, denen keine Bürgerrechte eignen oder eine solche Zuschreibung qua kriminalisierender Ausgrenzung vorzuenthalten wird? Private Sicherheitsdienste bewegen sich – auch in Hinblick auf die Frage, welche Funktion der Nationalstaat als Garant sozialer Kohäsion noch haben will und darf – als Akteure in einem hochsensiblen Bereich. Mit zahlreichen neuen Aufgabenfeldern, die in den vergangenen Jahren der Branche zugewachsen, von ihr gefordert und durchgesetzt worden sind, sind auch Bereiche tangiert, die wir als hoheitliche Aufgaben in Erinnerung haben. Berlins Innenstaatssekretär Eice Lancelli rechnet zu diesen Aufgaben immerhin noch Finanzen, Justiz und Innere Sicherheit, es könnten »alle anderen staatlichen Tätigkeiten privatisiert beziehungsweise ausgelagert werden.« Und in der Tat sind die Bemühungen des Berliner Senats, aus der Privatisierung der Subventionsmetropole das »Unternehmen Berlin« zu generieren, unübersehbar.

Gerade im Bereich Innerer Sicherheit aber, so der Hamburger Kriminologe Fritz Sack, finde ein Rückzug des Staates statt: »Das staatliche Sicherheitsmonopol existiert nicht mehr und ist nicht mehr wiederzugewinnen. Das kollektive Gut Sicherheit wird zunehmend ein privates, und es wird ein käufliches Gut« (zit.n. Frankfurter Rundschau, 18.11.1996). Ehrenamtliche Bürgerwachen, Bürgerwehren und private Sicherheitsdienste seien dafür unübersehbarer Ausdruck. Für den in Frankfurt/M. lehrenden Juristen Michael Voß (1997) dagegen ist das Charakteristikum privater Sicherheitsdienste die »wirtschaftliche Nutzung eines privaten Kontrollbedarfs, der sich für die Inanspruchnahme öffentlicher Räume durch alle Bürger als partikulare Ausgrenzungsstrategie erweist«, es gehe aber »nicht um die Privatisierung staatlicher Kontrollaufgaben«. Bereits die neuen Aufgabenfelder privater Sicherheitsdienste zeigen, daß dies sicher eine Verkürzung der Problematik ist. Zu den Auftraggebern gehören auch staatliche Stellen, und unterschiedliche Handlungslogiken schließen eine Unterhöhlung des staatlichen Gewaltmonopols genauso wenig aus. Keine Rede kann davon sein, private Sicherheitsdienste bedienten nur privaten Kontrollbedarf. Das wird genauer zu betrachten sein.

Jenseits der skizzierten »handfesten Zusammenarbeit«, von der auch im Berliner Polizeiapparat (noch) niemand gern spricht, lassen sich in der Branche starke Konzentrationsprozesse beobachten:

Sicherheit als Oligopol im Kondominium. Die Struktur privater Sicherheitsdienste ist erstens durch Profitinteressen und Partikularnormen charakterisiert (und nicht an Gleichheitsvorstellungen und universellen Normen orientiert), hat zweitens vom Staat in Teilbereichen Repressions- und Sanktionsrecht übernommen und ist drittens, endlich bedeutender Partner bei der Definition von Devianz und Sicherheit geworden. Ein kurzer Blick auf Ber-

lin zeigt einige Tendenzen.

Tabelle 2: Private Sicherheitsdienste in der BRD

Firma	Umsatz in Mio	Beschäftigte	Mutter	Marktanteil
Raab Kaarcher Sicherheit, Essen	502	10.500	Veba AG	10 %
VSU/ Niedersächsische W&S Gesellschaft, Hannover	426	k.A.	k.A.	8,5%
Protectas, Frankfurt/ Deutscher Schutz- u. Wachdienst	382	6.000	Securitas AG Schweden	7,6%
SIBA Bewahrungsdienst, Karlsruhe/ GWU	256	k.A.	k.A.	5,1%
Kötter Security, Essen	226	k.A.	k.A.	4,5%
DSW Security, Düsseldorf	216	k.A.	k.A.	4,3%
IHS Industrie- u. Handelsschutz, Frankfurt/Main	151	2.500	Claus Wissner-Gruppe	3,0%
ASD, Allgemeiner Sicherheitsdienst, Hamburg	135	3.000	Securicor AG London	2,7%
Pedus Sicherheitsdienst, Zeuthen/Berlin	125	k.A.	Peter Dussmann-Gruppe	2,5%
Wako Nord, Hamburg	125	k.A.	k.A.	2,5%
WIS Wirtschafts- u. Industriesicherung, Köln	115	2.000	k.A.	2,3%
WSD Wach- u. Sicherheitsunternehmen	80	k.A.	k.A.	1,6%
Frankfurter Werkschutz AG Frankfurt/M	60	k.A.	k.A.	1,2%
Brink's Schenker GmbH Frankfurt/M	40	k.A.	Stinnes AG	0,8%
Gesamt: 14 Sicherheitsdienste (1% von ca. 1500)	2839	ca. 80.000		56,6%

(Quelle: Marktschätzung, diverse Jahresberichte, eigene Berechnungen)

\* Marktführer ist eine Tochter der Veba AG, »Raab Karcher Sicherheit« (RKS), mit 10.500 Beschäftigten (Berlin: 2.200 Vollzeitkräfte): Sicherheit, Facility- und Immobilien Management (30%ige Beteiligung an Müller International) sind zur »Raab Karcher AG Veba Immobilien-Management« zusammengefaßt. RKS-Geschäftsführer ist der ehemalige Innenstaatssekretär der Bundesregierung, Hans Neusel. RKS ist seitdem stark in der Bewachung Berliner Bundesflächen engagiert. Sie hält 40% Marktanteile an der Bewachung von (Veba-)Atomkraftwerken, räumte aber schon (rechtswidrig) Häuser. Die neu gegründete Tochtergesellschaft »Raab Karcher Sicherheit Privat GmbH« will bis 1999 rund 30.000 Privatkunden an ihre Alarmanlagen binden (in Berlin derzeit 5.000). Eine weitere Tochter,



die Stinnes AG, ist am Wachschutzunternehmen Brink's Schenker GmbH beteiligt.

Die »Industrie- und Handelsschutz GmbH« (IHS) ist Teil des Firmenkonglomerats von Claus Wisser (600 Mio. DM Umsatz, 20.000 Beschäftigte). Vorstandsmitglied der IHS, mit 2.500 Beschäftigten einer der Marktführer bei ÖPNV-Sicherheitsdienstleistungen, ist der ehemalige BND-Präsident, Heribert Hellenbroich, beratend tätig ist der Ex-IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler. Gegen die IHS wird pikanterweise wegen gewerkschaftlicher Behinderung ermittelt. Auch im Bereich Baustellenüberwachung (Potsdamer Platz, Bundeskanzleramt) tätig, setzt sie – unterstützt durch Hundestaffeln – in Berlin (seit 1990), in Frankfurt/M. (1991), Köln (1993) und Ludwigsburg das Hausrecht auf dem Gelände und in den Fahrzeugen der jeweiligen Verkehrsbetriebe durch. In Frankfurt/M. wurden so 192.416 Platzverweise ausgesprochen (1993), in Berlin wurden allein in neun Monaten 167.000 »Maßnahmen« durchgeführt (1992), von denen sich über 95.000 gegen Obdachlose richteten (Tabelle 1); in Köln wurden Obdachlose gar mehrfach durch IHS-Mitarbeiter verprügelt.

Der Umbau der Personenbahnhöfe bei der Deutschen Bahn AG wird von »Bahnhof Management- und Entwicklungsgesellschaft« (BME) koordiniert, die ein Gemeinschaftsunternehmen der »Deutsche Bahnen Beteiligungsgesellschaft mbH« und der zur Otto-Gruppe gehörenden »ECE Projektmanagement GmbH« ist. ECE betreibt in der Bundesrepublik bereits mehr als 30 Einkaufszentren. Eigener Sicherheitsdienst und eigener Immobilienbesitz in nahezu allen Städten der BRD – mit Anspruch auf das Hausrecht und dessen Durchsetzung – treffen hier zusammen. Mit ihrer Privatisierung 1991 ist die Deutsche Bahn AG, die mit der Vermarktung nicht mehr benötigter Verkehrsflächen als Immobilienmanager vor allem innerstädtischer Flächen auftritt, auch zu einem wichtigen Akteur im Sicherheitsbereich aufgestiegen. Der Umbau zentraler Bahnhöfe zu »Shopping Malls mit Gleisanschluß« geht seit 1994 einher mit einer neuen Sicherheitskonzeption, dem »3-S-Konzept« (Service, Sauberkeit, Sicherheit), und wird durch den knapp 2.000 Beschäftigte umfassenden betriebseigenen Sicherheitsdienst, die »Bahn Schutz und Sicherheit GmbH« (BSG), umgesetzt. Sie vertreibt pro Monat mehr als 7.000 Personen aus den drei Berliner Bahnhöfen (Eick 1997). Bei der Berliner S-Bahn (ebenfalls 100%ige Tochter der Deutschen Bahn AG) werden seit 1996 für 25 Millionen Mark pro Jahr der »Pedus Sicherheitsdienst« und die »B.O.S.S. Sicherheitsdienste GmbH« eingesetzt, die Unterstützung durch den BGS erhalten: »Einhergehend damit wurde das S-Bahnnetz in Einsatzabschnitte segmentiert, denen wiederum festes Sicherheitspersonal zugeordnet wurde« (Stab Bahnsicherheit 1997).

\* Die Immobilienhändler Helmuth Penz und Dietrich Garski sind seit Jahrzehnten in der Stadt aktiv und zählen zum festen Inventar des schon geschichtsmächtigen (und teilweise vorbestraften) »Berliner Sumpfs« (Sontheimer/Vorfelder 1987; Schindler 1978). Sie betreiben neben ca. 40 Flüchtlings-, Aussiedler- und Asylbewerberheimen auch die SORAT-Kette. Hier sind Alten- und Pflegeheime sowie die als »Art'Otel« firmierenden Hotels zusammengefaßt. SORAT hat sich zudem im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes auch in der Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern engagiert, die in Berlin kein Bargeld, sondern nur noch »Kontrollkarten« erhalten und sich in zwei von der Senatsverwaltung festgelegten und von SORAT betriebenen Geschäften, sog. »Akzeptanzstellen«, versorgen müssen. Teil ihres Firmenkonglomerats, das Garski wegen seiner Vorstrafen von seiner Frau Claudia führen lassen muß, ist auch oben genannter »B.O.S.S. Sicherheitsdienst«, der in Berlin und Brandenburg den Betrieb und die Sicherung der Heime organisiert und auf den Fern- und S-Bahnhöfen gegen Obdachlose, DrogenkonsumentInnen und (ausländische) Jugendliche vorgeht.

Penz und Garski ziehen so aus (zunehmender) Armut und Verelendung nicht nur eklatante Extraprofite – pro Bett und Monat für Obdachlose bis zu 1.000 Mark –, darüberhinaus werden eben diese Obdachlosen und illegalisierten MigrantInnen vom betriebseigenen Sicherheitsdienst aus den Bahnhöfen in die betriebseigenen Heime geprügelt<sup>29</sup> und dort unter Verschuß und Kontrolle gehalten. Für illegalisierte Flüchtlinge und abgelehnte AsylbewerberInnen erfährt diese Praxis noch dadurch eine Zuspitzung, daß der »B.O.S.S. Sicherheitsdienst« auch Teile der Berliner und Brandenburger Abschiebegefängnisse und Flüchtlingslager managt und damit in der Tat »Rundum-Konzepte« (Olschok-Tautenhahn 1997), also umfassende, geschlossene Sicherheitsstrukturen aufbaut.

Auch aus den Reihen der Polizei kommen Vorschläge, die auf das Unterlaufen von Rechtsstaatsgebot, Gewaltenteilung und Gewaltmonopol hinauslaufen können: Heinrich Bernhardt, Abteilungsleiter im Polizeipräsidium Frankfurt/M., schlägt Amts- und Staatsanwaltschaften vor, »sich vom Dogma des Legalitätsprinzips als Verpflichtung« zu lösen, Strafschwerpunkte zu setzen. Es sei »die Polizei mittelfristig von allen verkehrslenkenden und -regelnden Aufgaben zu entbinden« (Bernhardt 1997). Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert ein eigenes Strafrecht für die Polizei (Dietrich 1997) und wirft der Justiz systematischen »Gesetzesungehorsam«

---

29 Ein Initiativkreis Berliner Pastoren, die »Arbeitsgemeinschaft Leben mit Obdachlosen«, hat, neben anderen Hilfsorganisationen der Stadt, mehrfach auf Übergriffe von privaten Sicherheitsdiensten gegen Obdachlose hingewiesen. Insbesondere der »B.O.S.S. Sicherheitsdienst« gilt dabei als eine besonders rabiate Variante der Ausgrenzung von Armutsbevölkerung.

durch schleichende Entkriminalisierung von Bagatelldelikten vor (Braasch u.a. 1997).

\* Private Sicherheitsdienste sind in Berlin auch zu gleichberechtigten Partnern bei der Definition von Sicherheitsrisiken und sog. Problemgruppen aufgestiegen: Der Fahrdienstleiter der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Norbert Klempert, teilt mit, Vertreter der IHS nahmen regelmäßig an den Arbeitsbesprechungen teil. Der BVG-Pressesprecher, Ulrich Mohneke, fordert die Einschränkung des staatlichen Gewaltmonopols auf U- und Fernbahnhöfen: »Solange die Polizei nichts von ihrem Monopol abgibt, läuft da was schief« (zit.n. Hasselmann 1994). Das »private Sicherheitsgewerbe strebt nicht nach hoheitlichen Befugnissen«, sagen Branchenvertreter, allerdings, »nicht alle Aufgaben, die heute von staatlichen Stellen wahrgenommen werden, sind hoheitliche Aufgaben (...) Die Fülle der von der Polizei wahrgenommenen Aufgaben muß einer Aufgabenkritik unterzogen werden.« (Olschok-Tautenhahn 1997; Hohl 1994). Auch bei der S-Bahn finden 14-tägige »Koordinierungs- und Einsatzbesprechungen mit dem BGS und den privaten Sicherheitsfirmen unter der Leitung des Stabes Bahnsicherheit statt« (Stab Bahnsicherheit 1997).<sup>30</sup> Die Geschäftsleute des Kurfürstendamm setzten eine beim Innensenat angesiedelte, vierteljährlich tagende Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Polizei, privaten Sicherheitsdiensten, Bezirks- und Senatsvertretern durch, bei der sie »eine Ausweitung bzw. Zusammenfassung aller im Bereich City-West tätigen Bewachungsunternehmen unter dem Gedanken der Vereinheitlichung und Erweiterung der Aufgaben« ankündigten (Ergebnisprotokoll City 1994). Die Bahn AG kann Obdachlose in parlamentarischen Gremien inzwischen un widersprochen als »Herumlungernde« bezeichnen (Abgeordnetenhaus von Berlin 1996).

Wenn mittlerweile in den Villenvierteln Berlins bewaffnet die »Berliner Wache« patrouilliert und in Abstimmung mit der Polizei Kontrollen durchführt, und auch im ärmsten Berliner Bezirk (Kreuzberg) die »TS Security« für die Berliner Wohnungsbaugesellschaft Gewobag das Gelände um den Wassertorplatz überwacht (Bratfisch 1997: 14), scheint einiges dafür zu sprechen, daß das »Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen« (Max Weber) ganz im Sinne der unternehmerischen Stadt heute als *Public Private Partnership* daherkommt. Die Polizei-

---

30 Weiter heißt es dort: »Die Zusammenarbeit mit dem BGS und den Polizeibehörden wurde verbessert. Es gibt jetzt verbindliche Regelungen z.B. zu: Presseauskünften, Strafantragstellungen, Personalienbekanntgabe bei auf frischer Tat Betroffenen und zum gegenseitigen Informations- und Lageaustausch. (...) Die Ergebnisse der Lageauswertung werden ab Mitte April wöchentlich mit Verantwortlichen der Sicherheitsfirmen unter Beteiligung des BGS ausgewertet. (...) Es ist auch geplant, spezielle Präventionsprogramme mit dem BGS in Schulen, Jugendclubs usw. durchzuführen.«

führungsakademie in Hilstrup hat diesem Trend zum *Business*-Bündnis bereits 1993 einen Namen gegeben – »Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben«, BOS.

\* \* \*

Bundesinnenminister Manfred Kanther, bei jedem Auftritt sichtlich und erfolgreich bemüht, den Eindruck gewichster Schafstiefel zu vermitteln, hat 1998 zum »Sicherheits-Wahljahr« ausgerufen. Noch in den Nachhall der knallenden Stiefel haben alle Parteien in dieses Credo eingestimmt. Auch die Sicherheitsbranche setzt immer offensiver auf den »Angstmarkt« als merkantiles *perpetuum mobile* der Profitmaximierung. Angesichts der Umschlaggeschwindigkeit immer neuer (alter) Konzepte und Horrorszenarien ist es schwierig, einen Ausblick zu wagen. Eines aber ist unübersehbar: Die Privatisierung staatlicher Sozialkontrolle zerreißt den domestizierend wirkenden Zusammenhang von staatlichem Gewaltmonopol auf der einen und rechtsstaatlicher Ordnung mit individuellen Grundrechten auf der anderen Seite. In dem Maße, wie die Bagatellisierung individueller Grundrechte vorschreitet, ein oligopolistisch strukturierter Sicherheitsmarkt und präventiv angelegte Sicherheitskonzepte sich zu einem neuen Typus von »Kontrollgesellschaft« verdichten, gewinnt – und das ist der harte Kern der »Berliner Republik« – die »Deutschland AG« für ihre Mitarbeiter im Wortsinne »exklusive« Qualität. Die in der neuen Republik bisher gegebenen Antworten auf die (immer virulente) Frage nach der Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie, erwecken den Eindruck, als wolle man sich mittelfristig von einem dieser Strukturprinzipien trennen. Mein Eindruck ist nicht, daß es sich dabei um den Kapitalismus handeln wird.

## Literatur

- Abgeordnetenhaus von Berlin 1996: *Ausschuß für Soziales (Wortprotokoll)*, 7. Sitzung am 3. Juni 1996: *Vertreibung von Obdachlosen aus den Bahnhöfen und rechtswidriges Verbringen von Personen an den Stadtrand von Berlin durch die Polizei*, Berlin
- Antirassistische Initiative (Hrsg.in) 1997: *Schwerpunktheft City 2000: Service. Sicherheit. Sauberkeit.*, in: *ZAG – zeitung antirassistischer gruppen*, Selbstverlag, Berlin
- Augé, Marc 1994: *Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit*, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M.
- Becker, Jan/Berndt, Elvira 1996: *Vorbemerkungen zum Verhältnis von Sozialarbeit und Polizei*, in: *Gangway e.V. (Hrsg.) (1996)*, S.291-301
- Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hrsg.) 1997: *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Argument Verlag, Hamburg/Berlin
- Bernhardt, Heinrich 1997: *Polizisten sind frustriert, wenn ihre Arbeit im Papierkorb landet. Kriminalitätsbekämpfung und Justiz*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 7.11.1997, S.19
- Beste, Hubert 1996: *Warum findet die Revolution nicht statt? Private Sicherheitsdienste im urbanen Raum*, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* (Nr. 135, Heft 3, September 1996), Leske + Budrich Verlag, Opladen

- Büchler, Heinz/Wagner, Dieter/Grawert, Achim/Fiedler, Anne-Katrin 1994: *Effektivität und Effizienz kriminalpolizeilicher Organisationsformen auf Zeit* (BKA Forschungsreihe, Band 31), Selbstverlag, Wiesbaden
- Braasch, Hans-Joachim/Kommoß, Klaus/Kohn, Klaus/Winkelmann, Otto-H. 1997: *Gesetzesungehorsam der Justiz*, Schmidt-Römhild Verlag, Lübeck
- Bratfisch, Rainer 1997: Gewobag mit neuem Mieter-Service. Privat-Sheriffs sorgen für Sicherheit, in: *MieterMagazin. Magazin des Berliner Mietervereins e.V.* (12/97), S.14-15
- Bremer, Peter/Gestring, Norbert 1997: Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung in deutschen Städten?, in: *PROKLA* 106, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, S.55-76
- Bruch, Michael/Krebs, Hans-Peter (Hrsg.) 1996: *Unternehmen Globus. Facetten nachfordristischer Regulation*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
- Bundesministerium des Innern 1997: *Konzept zur Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes (BGS)*, 11. September 1997, Bonn
- Busch, Heiner/Pütter, Norbert 1994: Operative Polizeimethoden – Vergeheimdienstlichung von Ermittlungen, in: *Bürgerrechte & Polizei/Cilip* 49 (3/49), Cilip Verlag, Berlin, S.6-15
- CDU-Dokumentation 33/1997 1997: *Beschluß des 9. Parteitages der CDU Deutschlands. Sicher leben in Deutschland: Zwölf Thesen zur Inneren Sicherheit*, Bonn
- Christie, Nils 1995: *Kriminalitätskontrolle als Industrie. Auf dem Weg zu Gulags westlicher Art* (Forschungen zur Kriminalpolitik, Bd. 10), Centaurus Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler
- Dangschat, Jens S. 1995: »Stadt« als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31-32/95, Bonn, S.50-62
- 1997: Entwicklung sozialer Problemlagen als Herausforderung für die soziale Stadt, in: Walter Hanesch (Hrsg.): *Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit*, Leske + Budrich Verlag, Opladen, S.77-110
- Diederichs, Otto 1995: Polizei und Jugendliche – alte Rezepte für neue (?) Probleme, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 51 (2/95), Cilip Verlag, Berlin, S.36-41
- Dietrich, Stefan 1997: Verbrechen lohnt sich wieder. Kriminalbeamte prangern den »Gesetzesungehorsam der Justiz« an, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 8.11.1997, S.12
- During, Rainer W. 1997: »Rumba« soll Räubern auf die Spur kommen, in: *Der Tagesspiegel* vom 5.11.1997, Berlin, S.10
- Eick, Volker 1995: Die »Operative Gruppe City-West« – Polizeiarbeit auf Zuruf des Einzelhandels, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 51 (2/95), Cilip Verlag, Berlin, S.30-35
- 1995a: »Berlin wird Hauptstadt,... aber sicher«, in: Frank Sträter (Hrsg.): *Los Angeles, Berlin. Stadt der Zukunft, Zukunft der Stadt*, context Verlag, Stuttgart, S.130-142
- 1996: »Mein ist die Stadt...« *Das Berliner Sicherheitssystem und die Zugangsbedingungen der Stadt für ihre BewohnerInnen*, Diplomarbeit FU Berlin
- 1997: »Schluß mit den Problembürgern!« Eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG schafft öffentliche Räume, in: *MieterEcho. Zeitung der Berliner MieterGemeinschaft* (Nr. 265), Nov./Dez. 1997
- 1997a: »Bringt der Blockwart jetzt Blumen?« Die Vorschläge der Berliner Grünen-Abgeordneten Renate Künast zur Etablierung von »Präventionsräten« belegen grün-alternative Routinisierung im Bereich »Populismus und Innere Sicherheit«. Mehr leider nicht, in: *RAG. Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen* Nr. 21/Okttober, S.7-8, Berlin
- Eick, Volker/Strunk, Sabina 1995: Der Kurfürstendamm ist sauber. Die »City-Cops« feiern Geburtstag, in: *die tageszeitung* vom 3. Juli 1995, Berlin
- Erb, Rainer 1997: *Vergleichende Studie über Jugendliche in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen*, im Erscheinen, Potsdam
- Ergebnisprotokoll City 1994: *Ergebnisprotokoll der 10. Arbeitsgruppensitzung »City« am 28. Juli 1994*, Berlin
- Frese, Alfons 1997: Für 6,50 Mark die Stunde Wache stehen. Im Berliner Sicherheitsgewerbe tobt ein brutaler Preiskampf, in: *Der Tagesspiegel* vom 19.1.1997, S.19, Berlin
- Funk, Albrecht 1995: Die Fragmentierung öffentlicher Sicherheit. Das Verhältnis von staatlicher und privater Sozialkontrolle in der politikwissenschaftlichen Diskussion, in: Sack u.a. (Hrsg.) 1995: *Privatisierung staatlicher Kontrolle: Befunde, Konzepte, Tendenzen*, Nomos Verlag, Baden-Baden, S.38-55

- Gangway e.V. 1997: *Arbeitsmaterialien zur Entwicklung der Kinder- und Jugendkriminalität in Berlin 1987 bis 1996*, Berlin
- Gangway e.V. (Hrsg.) 1996: *Streetwork und Professionalität. Dokumentation einer Fachtagung zu Leistungsprofilen von Streetwork aus Österreich, der Schweiz und Deutschland*, Berlin
- Gemeinsame Standpunkte 1997: *Gemeinsame Standpunkte zur Lage des Einzelhandels in der Region Berlin/Brandenburg (10-Punkte Papier)*, hrsgg. vom Gesamtverband des Einzelhandel Berlin (GdE) und dem Einzelhandelsverband Brandenburg (EHV), Berlin/Potsdam
- Geschonneck, Fina/Helberg, Michael 1997: Wachschutz für kranke Straftäter erst ab April. Europaweite Ausschreibung ist beendet, in: *Berliner Zeitung* vom 4.11.1997
- Glavic, Jürgen J. 1996: Situation privater Sicherheitsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland / Ist-Situation, Prognosen und Konjunktüreinschätzung, in: *Polizei und private Sicherheitsdienste. Modelle und Erfahrungen* (Reihe »Texte« der Hochschule für Polizei, Band 8), Selbstverlag, Villingen-Schwenningen
- 1995: Was geschieht mit den Privaten? Tätigkeiten des privaten Sicherheitsgewerbes in Gegenwart und Zukunft, in: *Deutsches Polizeiblatt. Fachzeitschrift für die Polizei in Bund und Ländern* (DpolBl 6/95), Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, S.4-9
- Grabow, Busso 1996: *Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts »Entscheidungsfelder städtischer Zukunft«*, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- Grabow, Busso/Henckel, Dietrich/Hollbach-Grömig, Beate (Hrsg.Innen) 1995: *Weiche Standortfaktoren*, Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag, Stuttgart/Berlin/Köln
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1995: *Dienstleistungsgesellschaften*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.
- Häußermann, Hartmut 1997: Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse?, in: *Leviathan*, Westdeutscher Verlag, Opladen, S.12-27
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hrsg.) 1993: *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte* (Leviathan Sonderheft 13/1993), Westdeutscher Verlag, Opladen
- Hammerschick, Walter/Karazman-Morawetz, Inge/Stangl, Wolfgang 1996: *Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik*, Nomos Verlag, Baden-Baden
- Hasse, Jürgen 1994: *Erlebnissräume. Vom Spaß zur Erfahrung*, Passagen Verlag, Wien
- Hasselmann, Fred 1994: BVG und Bahn wollen selbst für Ordnung sorgen. Neue Befugnisse gefordert, in: *Berliner Zeitung* vom 25. Oktober 1994, S.16
- Hatzfeld, Ulrich 1997: *Strategien für die Sicherung der Attraktivität von Innenstädten*. Vortrag auf der Expertentagung »Stadt der Zukunft« der Hanns-Seidel-Stiftung am 25. November 1997, Wildbad Kreuth
- Heinelt, Hubert/Mayer, Margit (Hrsg.Innen) 1997: *Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege zur Ressourcenmobilisierung*, Leske + Budrich Verlag, Opladen
- Hoffmann-Riem, Wolfgang 1977: Übergang der Polizeigewalt auf Private? Überlegungen zur Entwicklung gewerblicher Sicherheitskräfte, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 11, S.277-284
- Hoogenboom, Bob 1992: Die Verflechtung zwischen staatlicher und privater Polizei, in: *Kriminologisches Journal* (4. Beiheft): *Polizei-Politik. Streitfragen, kritische Analysen und Zukunftsperspektiven* (hrsgg. von Manfred Brusten), Juventa Verlag, Weinheim
- Hohl, Peter 1995: Der deutsche Sicherheitsmarkt, in: *Sicherheits-Jahrbuch 1995/96 für Deutschland, Österreich und die Schweiz* (Bd. 1), Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart, S.84-93
- Hughes, Gordon 1997: Policing Late Modernity. Changing Strategies of Crime Management in Contemporary Britain, in: Nick Jewson/Susanne MacGregor (Hrsg.Innen): *Transforming Cities. Contested Governance and New Spatial Divisions*, Routledge, London, S.153-165
- Innenstadtaktion 1997: *Innen! Stadt! Aktion! Gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung*, Beilage in den Zeitungen Berner Tagwacht, schein Schlag, taz und WoZ (Mai/Juni 1997), Berlin/Bern/Zürich
- Jaschke, Hans-Gerd 1997: *Öffentliche Sicherheit im Kulturkonflikt. Zur Entwicklung der städtischen Schutzpolizei in der multikulturellen Gesellschaft*, Campus Verlag, Frankfurt/M
- Jürgensen, Hans 1994: Mit der Kriminalität wächst die Beliebtheit privater Sicherheitsdienste. Eine Branchenübersicht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.12.1994, S.14

- Kaufmann, Franz-Xaver 1970: *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem*, Stuttgart
- Kersten, Joachim 1997: Theorien der geringsten Einfallskraft. Polizeiforschung: Daniel J. Goldhagen, Christopher Browning und die Debatte zum Sicherheitsmodell New York, in: *die tageszeitung* vom 29.8.1997, S.10, Berlin
- Köbschall, Thomas 1996: Der Verbringungsgefahr aus rechtlicher Sicht, in: *Polizei-heute. Führung, Technik, Ausbildung, Recht* (Ausgabe 6/96), Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, S.213-220
- Kronauer, Martin 1997: »Soziale Ausgrenzung« und »Underclass«: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *Leviathan*, Westdeutscher Verlag, Opladen, S.28-49
- Kube, Edwin/Schneider, Hans/Stock, Jürgen (Hrsg.) 1996: *Vereint gegen Kriminalität – Wege kommunaler Kriminalprävention*, Schmidt-Römhild Verlag, Lübeck
- Lehne, Werner 1996: Präventionsräte, Stadtteilforen, Sicherheitspartnerschaften. Die Reorganisation des Politikfeldes »Innere Sicherheit«, in: *Politischer Wandel, Gesellschaft und Kriminalitätsfurcht*, hrsgg. von Trutz von Trotha, Nomos Verlag, Baden-Baden, S.299-319
- Lindenberg, Michael 1997: *Ware Strafe. Elektronische Überwachung und die Kommerzialisierung strafrechtlicher Kontrolle*, AG SPAK Verlag, Reihe Wissenschaft, München
- Mahlberg, Lothar 1988: *Gefahrenabwehr durch gewerbliche Sicherheitsunternehmen* (Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 532), Duncker & Humblot Verlag, Westberlin
- Narr, Wolf-Dieter 1992: Der Markt der Sicherheit, das Gewaltmonopol des Staates und die Bürgerrechte, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 43 (3/92), Berlin, S.6-13
- Olschok-Tautenhahn, Harald 1997: Private Sicherheitsdienste. Rundum-Konzepte gefragt, in: *Die Berliner Wirtschaft/Informationen der IHK zu Berlin*, Heft 11 (Nov. 1997), S.10-14
- Polizeipräsident Berlin 1997: *Ihre Sicherheit – unser Anliegen. Mehr Sicherheit und Bürgernähe in Ihrem Lebensbereich durch die 3. Dienstgruppe Ihres Abschnitts 54*, Handzettel (Dezember 1996)
- Rada, Uwe 1997: Vom Rand in die Mitte. Eine in Aufregung geratene Mittelschicht sucht ihren Platz, in: *scheinschlag. zeitung für die berliner innenstadt* Nr.24/97 vom 6.11.1997, S.3
- Remus-Woelffling, Manuela 1997: *Radio-Interviews mit der Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft City e.V. vom 3. und 4. Juni 1997 im Sender Freies Berlin* (Abschrift)
- Saberschinsky, Hagen 1996: »Auch der Lauschangriff ist kein Patentrezept« Interview mit Hagen Saberschinsky, in: *Top. Top of the Tops* Magazin Berlin vom 1.3.1996 (Ausgabe 1, 10. Jahrg.), Berlin, S.18-20
- Schaffranek, Jürgen 1996: Veränderung der Konsummuster bei illegalen Drogen – Zusammenhänge von ordnungspolitischer Repression auf die Szenen und Hochrisikokonsum, in: *Gangway (Hrsg.) (1996)*, S.246-259
- Schindler, Heinz 1987: *Berlin und seine Kommanditisten*, Saterland Verlag, Westberlin
- Schmidt, Gisela 1980: Entwicklung einer Strategie der Gewalt. Einkaufszentrum und Fußgängerzone, in: *Autonomie* Nr.3 (Alte Folge), S.33-42, Hamburg
- Schröder, Burkhard 1997: *Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst*, Rowohlt Verlag, Reinbek
- Schult, Horst 1996: Die Aufgaben des privaten Sicherheitsgewerbes bei der Gewährung der Inneren Sicherheit: Stand und Entwicklungstendenzen, in: *Kube u.a. (Hrsg.) (1996)*, S.295-313
- Sewing, Werner 1997: Planwerk Innenstadt Berlin. Ein Frontbericht aus der Europäischen Stadt, in: *Centrum. Jahrbuch Architektur und Stadt 1997-1998*, Vieweg Verlag, Braunschweig, S.37-48
- Sontheimer, Michael/Vorfelder, Jochen 1987: *Antes & Co. Geschichten aus dem Berliner Sumpf (Zur 750-Jahr-Feier Berlins. Erweiterte Neuauflage. Gerichtsgeprüft)*, Rotbuch Verlag, Westberlin
- Stab Bahnsicherheit 1997: *Sicherheitsreport 1996*, Berlin
- Stab des Polizeipräsidenten 1997: *Initiative der Polizei zur verstärkten Einbindung der Schutzpolizei in die Kriminalitätsbekämpfung* (Stand Januar 1997), Berlin
- Steglich, Ulrike 1997: Unbekannte Urbaniten. Im Deutschen Architekturmuseum forschten die Masterplaner nach Yuppies und fanden – nur arme Ausländer, in: *die tageszeitung* vom 22.10.1997, S.24, Berlin

- Strukturpolitische Expertenkommission 1992: *Auf dem Weg zur Wirtschaftsmetropole Berlin. Empfehlungen der Strukturpolitischen Expertenkommission*, Selbstverlag, Berlin
- Voß, Hans-Ulrich 1993: Innovative Organisation. Gedanken zur Organisation der Ermittlungstätigkeit und Verbesserung der operativen Verbrechensbekämpfung, in: *Kriminalistik* (Heft 10/93), S.602-609
- Voß, Michael 1997: Private Sicherheitsdienste im öffentlichen Bereich, in: *Widersprüche*. (Heft 63), Kleine Verlag, Bielefeld, S.37-49
- Weber, Tilman 1997: Katz und Maus auf dem Alex. Polizeistreifen auf dem Alexanderplatz sorgen für Zurückhaltung bei Schnorrern, in: *die tageszeitung* vom 20.10.1997, S.22, Berlin
- Weichert, Thilo 1995: Die Privatisierung der öffentlichen Sicherheit. Vom »großen Bruder« zur »großen Familie«, in: Rolf Gössner (Hrsg.) 1995: *Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat*, Nomos Verlag, Baden-Baden, S.263-280
- Wiekling, Klaus 1997: Im Sog der großen Paläste. Milliardeninvestitionen drücken auf den Einzelhandel, in: *Der Tagesspiegel* vom 19.10.1997, S.11, Berlin
- Wolf, Kathrin 1996: *Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Berlin. Ursachen, Umfang und Folgen* (ISR Diskussionsbeitrag Nr. 45), hrsgg. vom Institut für Stadt- und Regionalforschung der Technischen Universität Berlin (September 1996)
- Zimmermann, Hans-Martin 1996: Privatisierung von Sicherheitsaufgaben aus Sicht der Polizei, in: *Kube u.a. (Hrsg.) (1996)*, S.315-328
- Zimmermann, Katrin/Helberg, Michael 1997: Angst vor Baustellenspionage: Höchster Alarm für BGS, in: *Berliner Zeitung* vom 2.9.1997, S.25

**PROKLA 113 (Dezember 1998): Konzentration des Kapitals**

Daß kapitalistische Entwicklung Konzentrationsprozesse einschließt, scheint eine Binsenweisheit zu sein. Welche Resultate hatten aber die Konzentrationsprozesse der Vergangenheit? Wo sind die Großen von gestern und vorgestern geblieben? Und ist Größe tatsächlich ein entscheidender Konkurrenzvorteil oder nicht eher Schnelligkeit und Flexibilität? Gerade angesichts verstärkter Netzbildung zwischen weiterhin selbständigen Unternehmen sowie flexiblen Formen der Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen scheinen traditionelle Konzepte von Konzentration nicht mehr angemessen zu sein. Was heute Konzentration im industriellen und im Finanzsektor bedeutet und welche Wirkungen von ihr ausgehen, soll in diesem Heft der PROKLA untersucht werden.